

Gabriele Rosinski

Kämpchenstraße 21
45468 Mülheim an der Ruhr
Telefon: 0208 / 30 1938-1
Telefax: 0208 / 30 1938-2
E-Mail: druck@ldz-mh.de

Stadtverordnete im Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr

Antrag

Nr.: A 10/0519-01

gemäß § 9 der Geschäftsordnung

öffentlich

Datum: 23.06.2010

Postversand: 23.06.2010

Empfänger:

- Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld
- Frau / Herrn Vorsitzende/n Name des Ausschusses
- Frau / Herrn Bezirksbürgermeister/in Name der Bezirksvertretung 1, 2 oder 3
 - nachrichtlich Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld

Beratungsfolge:

Status:* **Datum:** **Gremium:** **Berichterstattung:**

Ö 08.07.2010 Rat der Stadt Gabriele Rosinski

* **Beratungsstatus des jeweiligen Gremiums: Ö = öffentliche Beratung / N = nichtöffentliche Beratung**

Bericht zur Umsetzung der Ziele der "Charta für Menschenrechte in der Stadt"

Antrag der Stadtverordneten Frau Gabriele Rosinski vom 23.06.2010

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung legt zur Ratssitzung am 07.10.2010 einen Bericht zur Umsetzung der Ziele der „Charta für Menschenrechte in der Stadt“ vor. Zukünftig soll ein solcher Bericht im Zwei-Jahres-Turnus erstellt werden.

Begründung:

Am 10. Dezember 2004 trat die Stadt Mülheim an der Ruhr auf Initiative von Dagmar Mühlenfeld der „Europäischen Charta für den Schutz der Menschenrechte in der Stadt“ bei (gemäß Ratsbeschluss nach Vorlage V04/0453-01). Damit war Mülheim eine von nur fünf deutschen Unterzeichnerstädten gegenüber ca. 350 Städten europaweit und hat damit eine Vorreiterfunktion übernommen.

Die Stadt ist mit der Unterzeichnung einige Verpflichtungen eingegangen. In der Charta heißt es u.a.:

„Die unterzeichneten Städte verpflichten sich, eine Kommission einzurichten, die damit beauftragt wird, alle zwei Jahre die Umsetzung der in dieser Charta anerkannten Rechte zu evaluieren und die Ergebnisse zu veröffentlichen.“

Tatsächlich wurde mit Datum vom 11.01.2007 auch erstmals ein solcher Bericht vorgelegt (V07/0030-01). Anfang 2009 wäre turnusmäßig der nächste Bericht fällig gewesen. Dieser wurde jedoch bis heute nicht vorgelegt.

Die Stadt sollte die durch die Unterzeichnung eingegangene Verpflichtung ernst nehmen, um sich nicht dem Vorwurf eines Lippenbekenntnisses auszusetzen.

Gabriele Rosinski
-Stadtverordnete-